

Deutschland unternimmt einen drastischen Schritt zur Kriminalisierung von Pro-Palästina-Aktivismus

Ein neuer Bericht von Ministern und Abgeordneten soll die rechtliche Grundlage für das Verbot palästinensischer Gruppen legen und sogar Karten des historischen Palästinas verbannen.

Von Hebh Jamal, 972mag.com, 21.12.22

Ein neuer Bericht der deutschen Innenministerkonferenz (*IMK*), der sich auf die „Prävention und Intervention gegen israelbezogenen Antisemitismus“ konzentriert, drängt auf ein weiteres hartes Durchgreifen gegen pro-palästinensische Solidarität und diskutiert sogar die Kriminalisierung solcher Reden und Aktivitäten (1).

„Die gesamte Kritik von *Amnesty* an der israelischen Regierung stützt sich auf internationales Recht und auf Beweise für den großen Schaden und das Leid, das die israelische Politik den Palästinensern zufügt...“

Amnesty International

Der Bericht, der von einer der *IMK*-Arbeitsgruppen verfasst und von der Konferenz Anfang des Monats angenommen wurde, vermengt konsequent Antizionismus mit Antisemitismus, indem er die umstrittene *IHRA*-Definition für Antisemitismus verwendet. Er enthält konkrete Vorschläge, wie etwa die Aufforderung an Schulen, ihren Schülern im Unterricht ein positiveres Bild des Staates Israel zu vermitteln, und stuft den jüngsten Bericht von *Amnesty International* über israelische Apartheid als „antisemitisch“ ein (2). Der Bericht schlägt sogar vor, Karten zu verbieten, die „das Existenzrecht Israels in Frage stellen“; ob dies auch Karten des historischen Palästinas einschließt, bleibt unklar.

Die Beschlüsse der *IMK* sind nicht unmittelbar rechtlich bindend, so dass der Bericht derzeit nicht einklagbar ist. Die Konferenz, die sich aus den Innenministern und -senatoren der 16 deutschen Bundesländer zusammensetzt, spielt jedoch eine wichtige Rolle bei der Koordinierung der Aktivitäten der Landesregierungen, ihre Beschlüsse sollen auf Landesebene umgesetzt werden. Obwohl die *IMK* für die Umsetzung nicht zuständig ist, sind ihre Entscheidungen politisch bindend, da sie nach den Regeln der Konferenz einstimmig verabschiedet werden müssen.

Der Verfassungsrechtler Prof. Mario Martin schreibt dazu [Ergänzung Pako]:

Die IMK findet weder in den Verfassungen noch im einfachgesetzlichen Gesetzesrecht eine Ausformung. Die Beschlüsse der IMK sind Ausdruck informaler Abstimmung und föderaler Koordinierung unterhalb der Ebene rechtlicher Institutionalisierung.

Die Beschlüsse sind zwar auf eine Umsetzung in der Verwaltungspraxis bzw. auf gesetzgeberische Initiativen angelegt. Ihre Umsetzung obliegt jedoch nicht der Ministerkonferenz selbst, sondern vielmehr den einzelnen Ministerialverwaltungen der Länder. Die Beschlüsse geben vielmehr kongruente, inhaltlich gleichgerichtete Willenserklärungen und kollegiale Verständigungen politischer Handlungsträger wieder, die in einen koordinierten Gesamtwillen münden und das Ergebnis gemeinsamer politischer Willensbildung manifestieren. Ihnen kommt regelmäßig keine rechtliche Bindungswirkung, insbesondere kein ggf. sanktionierbarer Rechtsfolgewille, also die rechtlich bindende Verabredung übereinstimmender Ländermaßnahmen, zu – sehr wohl aber eine hohe politische Bindungskraft. Ihre Wirkung beruht auf der Kraft informeller, reziproker politischer Versprechen: Ihre Nichteinlösung würde die Grundlagen kollegial-vertrauensvoller Zusammenarbeit für die Zukunft zerrütten. In diesem Bewusstsein handeln alle Beteiligten. So verfahren denn auch die Innenministerien im Regelfall entsprechend den Vereinbarungen und berichten einander über das weitere Schicksal von Abreden sowie über eingeleitete Maßnahmen. Die politische Bindungswirkung erfasst auch nur die handelnden Ressorts selbst, nicht unmittelbar die Länder, welche sie vertreten. Auf sie strahlt die politische Bindung des Ressorts aber faktisch zurück. (S. 8 f von Martinis Gutachten) (3)

In einem eigenen Informationspapier der *IMK* heißt es, dass die Nichteinhaltung ihrer Beschlüsse „die Grundlagen einer kollegialen und vertrauensvollen Zusammenarbeit [zwischen den Ländern] für die Zukunft erschüttern“ würde. Die Innenministerien der Länder verfahren in der Regel nach den Vereinbarungen der *IMK* und berichten sich gegenseitig über den Stand der Vereinbarungen und Maßnahmen.

In einer Erklärung an +972 erklärte *Amnesty International*: „Wir wenden uns gegen Antisemitismus, der den Menschenrechten zuwiderläuft. Wir lehnen Diskriminierung, Rassismus und Hassverbrechen in jeder Form ab, auch gegen Juden oder Menschen, die als jüdisch wahrgenommen werden. Die gesamte Kritik von *Amnesty* an der israelischen Regierung stützt sich auf internationales Recht und auf Beweise für den großen Schaden und das Leid, das die israelische Politik den Palästinensern zufügt. *Amnesty* kritisiert die israelische Regierung, nicht die israelische Bevölkerung oder die Juden.“

Der Sprecher der *IMK* reagierte nicht auf die Bitte der Autorin um eine Stellungnahme.

Eine verblendete Sicht auf die Wirklichkeit der Besatzung

Der Bericht hebt die *Boycott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS-Bewegung)* hervor, bezeichnet sie als gefährlich und antisemitisch und behauptet, sie bestehe aus „ausländischen Extremisten, islamistischen Terrororganisationen und linksextremistischen Gruppen“ – eine Aussage, die von der israelischen Regierung stark gefördert wurde (4). Ferner wird die BDS-Bewegung beschuldigt, „arabisch-nationalistischen und islamistischen Antisemitismus und Terror im Nahen Osten zu

verharmlosen“ und diese Rhetorik mit Hilfe der Wissenschaft zu rechtfertigen. „Sympathisanten der BDS-Kampagne sind auch in der Kunst- und Kulturszene sowie in der Wissenschaft zu finden“, heißt es in dem Bericht weiter. [Siehe dazu S. 8 – teilweise auch 7 des Berichts – Ergänzung Pako]

Das deutsche Vorgehen gegen die *BDS-Bewegung* hat sich seit Jahren verschärft, beschleunigt durch einen Bundestagsbeschluss aus dem Jahr 2019, der die *BDS-Bewegung* als immanent antisemitisch einstuft und damit Organisationen, die den Boykott unterstützen, den Zugang zu öffentlichen Geldern und öffentlichen Räumen verweigern will. Die Resolution hat Universitäten, Landesregierungen und öffentlichen Einrichtungen dazu motiviert, Palästinenser:innen das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlung zu verweigern (5).

„Das Gericht erklärte, dass die BDS-Bewegung keine Bedrohung für das jüdische Leben in Deutschland darstellt“.

„Die Innenminister handeln gegen ihre eigene Verfassung und gegen die Anti-Apartheid-Konvention, der sich Deutschland verpflichtet hat“

Ahmed Abed, Rechtsanwalt

Diese Zensur hat dazu beigetragen, dass in Deutschland eine antipalästinensische politische Stimmung und Politik entstanden ist, deren Befürworter:innen glauben, dass sie durch die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel aufgrund des Holocausts gerechtfertigt sei. Das führt dazu, dass jede Kritik an der israelischen Unterdrückung der Palästinenser:innen oft sofort als problematisch angesehen wird.

„Das ist wirklich eine gefährliche Entwicklung in eine autoritäre Richtung“, kommentierte Kerem Schamberger, ein deutscher Kommunikationswissenschaftler und politischer Aktivist, den neuen Bericht. „Die Übernahme dieser politischen, instrumentalisierten Definition von Antisemitismus durch den Staat, seine Institutionen und die herrschenden Politiker ist eine irri-ge Sicht auf die Wirklichkeit der Besatzung und schirmt jegliche Kritik an ihr ab.“

„Sie versuchen, jede pro-palästinensische Handlung zu kriminalisieren und zu bestrafen“, so Schamberger weiter. „Mit der Anti-BDS-Resolution haben sie das ganz allgemein getan, aber das war nur der Anfang. Jetzt versuchen die Länder, spezifische Instrumente zu schaffen, mit denen sie die internationale Solidarität und pro-palästinensische Aktivisten ins Visier nehmen können.“

Die gleichen alten, unbegründeten Argumente

Um der *BDS-Bewegung* entgegenzuwirken, empfahl die Arbeitsgruppe, die den jüngsten Bericht verfasst hat, die Entwicklung „geeigneter Bildungsmedien und -formate für Schulen“ sowie die Fortbildung von Pädagog:innen, um „ein realistisches Bild von Israel zu vermitteln“.

Anfang dieses Monats berichtete +972 über den aggressiven Vorstoß im deutschen Bildungssystem, in den Klassenzimmern ein pro-israelisches Narrativ zu vermitteln. Dies hat nicht nur zu einem Mangel

an kritischen Gesprächen unter den Schüler:innen geführt, sondern entmutigt auch jeden pro-palästinensischen Dialog, was oft zu einem feindlichen Lernumfeld für Palästinenser:innen führt. Dem Bericht zufolge ist das *IMK* jedoch der Ansicht, dass eine noch stärkere pro-israelische Agenda in den Schulen sowie „intensivere“ Austauschprogramme mit dem Staat Israel erforderlich sind.

Der Bericht drängt jedoch nicht nur auf mehr Möglichkeiten zur Bekämpfung jeder pro-palästinensischen Solidarität. Er spricht sich auch für härtere Strafen für Palästina-Aktivismus aus, die „so universell wie möglich“ sein sollen. Die Arbeitsgruppe strebt die Entwicklung eines bundesweiten Musterleitfadens an, der von Antisemitismusbeauftragten auf Bundes- und Landesebene genutzt werden kann, um antisemitische Handlungen bundesweit zu überwachen und zu verfolgen.

Die *IMK* schlägt auch vor, „eine neue Rechtsgrundlage“ zu schaffen, um Aktivitäten gegen Israel zu kriminalisieren oder „die Existenz von [pro-palästinensischen Gruppen] selbst strafrechtlich zu verfolgen“, einschließlich gesetzlicher Regelungen gegen pro-palästinensische Vereine und Aktivitäten unter dem Deckmantel des „Verbots antisemitischer Versammlungen“. (siehe dazu die Seiten 12, 13 und 15 des Berichts der *IMK*).

Deutschland ist bereits dabei, pro-palästinensische Versammlungen zu blockieren. Anfang dieses Jahres nahm die Berliner Polizei 170 Personen bei Demonstrationen zum *Nakba*-Tag fest und in Gewahrsam, von denen einige nichts weiter getan hatten, als eine palästinensische Flagge zu halten oder eine Kuffiah zu tragen. Die Berliner Polizei verbot auch eine Mahnwache anlässlich der Ermordung von Shireen Abu Akleh, die von jüdischen Organisatoren geplant worden war (6) – alles im Namen der Bekämpfung des Antisemitismus. (7).

„Dies stellt einen weiteren Versuch dar, die freie Meinungsäußerung von Palästinenser:innen und legitime Forderungen nach Rechenschaftspflicht durch unverbindliche politische Leitlinien zu unterdrücken“, sagte Alice Garcia, Leiterin der Abteilung *Advocacy und Kommunikation beim European Legal Support Center*, gegenüber +972.

„Natürlich wäre es schwierig, solche Maßnahmen per Legislativvorschlag zu bestätigen, da es ihnen an Substanz fehlt und sie die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit nicht respektieren“, erklärte Garcia. „Dieses Dokument ist daher eines der Mittel, mit denen die Befürworter eines antipalästinensischen Diskurses versuchen, eine neue Kategorie von Handlungen durchzusetzen, die sie de facto für illegal erklären wollen; es muss daher scharf verurteilt und bekämpft werden.“

Die Gegenwehr

Einige Gruppen haben sich tatsächlich gegen den zunehmenden deutschen Antipalästinismus gewandt und ihn verurteilt. Ahmed Abed, ein palästinensisch-deutscher Rechtsanwalt, war kürzlich an einem Fall beteiligt, der beispielhaft für diese Bemühungen steht. Dem Palästina-Komitee Stuttgart, einer Gruppe, die *BDS* unterstützt, wurde von der Landesbank Baden-Württemberg (*LBBW*) wegen der antizionistischen Politik der Gruppe das Bankkonto gekündigt. Abed half der Gruppe erfolgreich dabei, die Kontokündigung rückgängig zu machen – am 26. April entschied das Landgericht Stuttgart, dass das Vorgehen der *LBBW* ungerechtfertigt war.

„Das Gericht erklärte, dass die *BDS*-Bewegung keine Bedrohung für das jüdische Leben in Deutschland darstellt“, sagte Ahmed Abed gegenüber +972. Doch das scheint die Verfasser des (*IMK*)- Berichts wenig beeindruckt zu haben.

„Die Innenminister handeln gegen ihre eigene Verfassung und gegen die Anti-Apartheid-Konvention, der sich Deutschland verpflichtet hat“, kommentierte Abed den Bericht. „Menschenrechtsorganisationen fordern Sanktionen wegen der israelischen Apartheid, aber friedliche Aktionsformen wie *BDS* werden kriminalisiert. Palästinenserinnen und Palästinenser sollen für Aussagen wie ‚Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein‘, [für] die Karte des historischen Palästinas oder [wegen] *BDS* strafrechtlich verfolgt werden. Die Innenminister ignorieren einfach die jüngsten Gerichtsentscheidungen, die dies nicht zulassen.“

Auch jüdisch-israelische Wissenschaftler und Künstler sind mit der Entwicklung der vergangenen Jahre in Deutschland unzufrieden. Im Jahr 2020 forderten Dutzende von jüdisch-israelischen Wissenschaftlern und Künstlern und anderen Ländern die Bundesregierung auf, den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, wegen seiner „Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfes“ gegen Kritiker des Staates Israel aus seinem Amt zu entfernen. „Als offizieller Vertreter der deutschen Regierung untergräbt Herr Klein die Ausübung der Grundfreiheiten – dies sollte Ihre Regierung, die sich den demokratischen Prinzipien und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlt, zutiefst beunruhigen“, heißt es in dem Brief (8).

Es ist noch nicht klar, welche Auswirkungen die Entschließung der *IMK* haben wird, und wir wissen auch nicht, wie schnell diese Sprache in den Ländern Gesetzeskraft erlangen wird. Eines ist jedoch klar: Es wird immer schwieriger, im Staat Deutschland mit seinem demokratischen Ruf für die Freiheit der Palästinenser:innen zu kämpfen.

Hebh Jamal ist eine palästinensisch-amerikanische Journalistin und Anwältin, die derzeit in Deutschland lebt.

Quelle: <https://www.972mag.com/germany-interior-ministers-report-palestinians>

1. https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2022-12-02/anlage-zu-top-41.pdf?__blob=publicationFile&v=2
2. <https://www.972mag.com/amnesty-international-apartheid-report>
3. https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2015-06-24_26/anlage23.pdf;jsessionid=0CCF65A1E16367DAD48C3E6EED75231E.1_cid349?__blob=publicationFile&v=2

4. <https://www.middleeastmonitor.com/20200815-from-fighting-bds-to-fighting-delegitimisation-israels-ministry-of-strategic-affairs-code-for-battling-accountability>
5. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-de-bds-642892>
6. <https://www.972mag.com/berlin-palestinians-nakba-protest-police>
<https://www.972mag.com/topic/nakba-day/>
7. <https://taz.de/Nach-Verbot-von-Pro-Palaestina-Demos/!5852524>
8. <https://www.kathradafoundation.org/2020/06/08/letter-call-to-replace-felix-klein-as-the-federal-government-commissioner-for-the-fight-against-antisemitism>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de